

# Antrag M

## **Antrag an die 2. Tagung des 5. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen am 5. 11. 2016 in Eisenberg**

Einreicher: LAG HARTZ IV, Thomas Elstner

### **Rechtsgültigkeit der Richtlinien für Kosten der Unterkunft und Heizung überprüfen**

Der Landesvorstand wird beauftragt, mit der Fraktion DIE LINKE und den Koalitionspartnern zu reden und die Landeregierung bitten, die Rechtsgültigkeit der Richtlinien für Kosten der Unterkunft nicht nur zu überprüfen, sondern auch die aktuelle Situation von Beziehern von Leistungen nach dem SGB II und XII zu hinterfragen.

Empfängern von ALG II werden die angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung gewährt. Grundlage sollten die Mieten im Mietspiegel des Bundes sein, die nicht in allen Kreisfreien Städten und Landkreisen mit den Mieten in den Richtlinien übereinstimmen. Oft werden nicht die gesamten Mietkosten anerkannt. Es gibt viele "freiwilligen" Zuzahlungen zur Miete! Hier muss es eine finanzielle Unterstützung der Landesregierung an die Kommunen geben.

#### **Begründung:**

Da der Freistaat Thüringen bislang von der Möglichkeit zur Ermächtigung der Kreise und kreisfreien Städte gemäß § 22 a SGB II keinen Gebrauch gemacht hat und somit weder eine Satzung i. S. d. § 22 a Abs. 1 SGB II erlassen noch eine Gesamtangemessenheitsgrenze (Bruttowarmmiete) i. S. d. § 22 a Abs. 2 SGB II gebildet werden darf, erfolgt die Bewertung der Angemessenheit getrennt für die Kosten der Unterkunft und für die Heizung in Gera im Rahmen von Richtlinien zur Gewährleistung einer einheitlichen Verwaltungspraxis.

Das BSG führt in seiner Entscheidung vom 16.05.2012 (B 4 AS 109/11 R) aus, dass zur Festlegung der abstrakt angemessenen Leistungen für die Unterkunft zunächst die angemessene Wohnungsgröße und der maßgebliche örtliche Vergleichsraum zu ermitteln sind. Angemessen ist eine Wohnung weiter nur dann, wenn sie nach Ausstattung, Lage und Bausubstanz einfachen und grundlegenden Bedürfnissen entspricht und keinen gehobenen Wohnstandard aufweist.

Diesen Anforderungen werden die Richtlinien jedoch nicht gerecht. Hinsichtlich der ermittelten Nettokaltmiete und den kalten Betriebskosten entsprechen die ermittelten Werte nicht den aktuellen, tatsächlich angefallenen Kosten. Stattdessen wurde nur der bundesweite, damit für das ganze Land durchschnittliche Heizkostenspiegel herangezogen, der die tatsächlichen Besonderheiten nicht berücksichtigt.